

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Dahlmannstraße 4
53113 Bonn
Deutschland

Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit
Deutsche Gesellschaft für Gesundheitsökonomie e.V.

Berlin, 22.07.2025

Stellungnahme zur bilateralen Entwicklungszusammenarbeit im Gesundheitsbereich

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Alabali Radovan,

die Entwicklungszusammenarbeit steht global unter Druck, mit spürbaren Auswirkungen insbesondere im Gesundheitsbereich. Mit großer Sorge verfolgen wir daher die anhaltenden Diskussionen im Umfeld des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur zukünftigen Rolle der bilateralen Zusammenarbeit im Bereich Gesundheit. Zwar leisten multilaterale Mechanismen wie Gavi, der Globale Fonds und die WHO entscheidende globale Beiträge, bilaterale Kooperationen bieten jedoch spezifische Vorteile, die multilateral nicht erreicht werden können. Diese sind insbesondere im Kontext der Außen-, Wirtschafts- und Gesundheitspolitik von hohem Wert, und wir möchten sie in diesem Schreiben aus Sicht der deutschen Gesundheitswissenschaft darlegen.

1. Strategische Handlungsfähigkeit:

Bilaterale Programme ermöglichen es Deutschland, zukunftsrelevante Themen wie Antibiotikaresistenzen, Universelle Gesundheitsversorgung, One Health oder digitale Gesundheit flexibel und ohne langwierige Abstimmungsprozesse zu adressieren. Anders als in multilateralen Foren, wo einzelne Staaten progressive Vorhaben blockieren können, erlauben bilaterale Abkommen gezielte Kooperationen mit reformorientierten Partnerländern.

2. Reaktionsgeschwindigkeit in Krisen:

Ein wesentlicher Vorteil bilateraler Abkommen ist die Schnelligkeit, mit der sie angepasst werden können. Im Falle von Naturkatastrophen oder Pandemien ist die Fähigkeit, Ressourcen innerhalb von Wochen umzuschichten, entscheidend für die wirksame Reaktion auf akute Gesundheitsnotstände. Multilaterale Fonds hingegen sind oft an jährliche Zyklen gebunden und erfordern umfangreiche Board-Beschlüsse für Anpassungen.

3. Vertrauensbildung und diplomatischer Einfluss:

Die direkte Zusammenarbeit auf Regierungsebene stärkt das Vertrauen zwischen Partnerländern und erleichtert den Austausch sensibler Daten wie beispielsweise Genomsequenzierungen oder Mobilitätsdaten. Solche Beziehungen erhöhen nicht nur die Sichtbarkeit deutscher Beiträge, sondern können auch den diplomatischen Einfluss Deutschlands auf internationaler Bühne erhöhen.

5. Wirtschaftliche Impulse:

Bilaterale Projekte im Gesundheitsbereich erlauben es, technische Spezifikationen zu definieren und deutschen Mittelständlern und „Hidden Champions“ den Zugang zu internationalen Märkten zu erleichtern. Dies kann die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärken.

4. Spezialwissen und Erfahrungen aus Deutschland

Deutsche Expertisen sind in vielen Partnerländern stark nachgefragt. Beispielsweise nutzen viele Regierungen unsere Erfahrungen aus fast 150 Jahren der Anpassung und Optimierung unseres sozialen Krankenversicherungssystems. Da multilaterale Organisationen von einzelnen Staaten dominiert werden können, können sie solche spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen unter Umständen nicht

direkt anbieten. In solchen Fällen fragen unsere Partnerländer häufig explizit das deutsche Knowhow im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit nach.

6. Geopolitik:

Während multilaterale Fonds primär ärmste Länder adressieren, können bilaterale Initiativen gezielt Schwellen- und Transitländer unterstützen, die wirtschaftlich und politisch strategisch wichtige Partner sind. Um die aus dem Rückzug der USA aus Teilen der Entwicklungszusammenarbeit resultierenden Folgen für Partnerländer insbesondere im Gesundheitsbereich abzufedern und zu verhindern, dass andere Akteure entstehende Lücken besetzen, sollte Deutschland weiterhin bilateral aktiv bleiben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass bilaterale Entwicklungszusammenarbeit eine unverzichtbare Ergänzung multilateraler Ansätze ist und bleibt. Sie erlaubt es Deutschland, schnell, flexibel und zielgerichtet auf globale Gesundheits Herausforderungen zu reagieren und gleichzeitig eigene Interessen zu sichern. Eine Kombination aus beiden Ansätzen ist daher aus unserer Sicht die langfristig effektivste Strategie für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Gesundheitsbereich. Ein deutlicher Rückzug aus der bilateralen Zusammenarbeit würde voraussichtlich sowohl auf Seiten der Partnerländer als auch in Deutschland zu einem möglicherweise irreversiblen Verlust von Expertise und Vertrauen führen. Eine spätere Rückkehr zur bisherigen Strategie unter veränderten geopolitischen Rahmenbedingungen wäre dann nur noch mit großen diplomatischen und finanziellen Anstrengungen machbar.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und hoffen, dass die besondere Bedeutung bilateraler Gesundheitsinitiativen in Ihre zukünftigen Entscheidungen einfließt.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit

der Deutschen Gesellschaft für Gesundheitsökonomie (dggö)

Prof. Dr. Martin Siegel (Universität Greifswald), Ausschussvorsitzender

Dr. Christoph Strupat (IDOS), stellv. Ausschussvorsitzender

Prof. Dr. Manuela de Allegri (Universität Heidelberg)

Prof. Dr. Steffen Fleßa (Universität Greifswald)

Prof. Dr. Andreas Landmann (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg)

Prof. Dr. Janina Steinert (Technische Universität München)

Prof. Dr. Nikkil Sudharsanan (Technische Universität München)

Dr. Jan Priebe (Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin)